

Schleswig-
Holstein

SPD

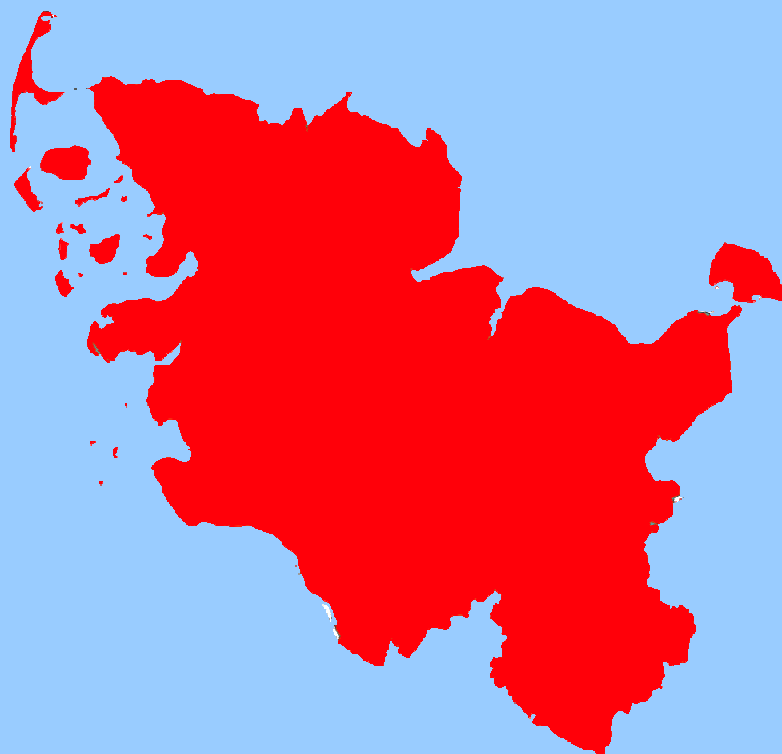
Außerordentlicher Landesparteitag und Landeswahlkonferenz

am 03. Februar und 04. Februar 2012
„MuK“, Lübeck

Beschlussvorlage des Landesvorstandes (09.01.2012) für das
Regierungsprogramm 2012-2017

Unser Kurs:

**Gerechtigkeit und neues Vertrauen für ein
starkes Schleswig-Holstein**



Stand 10.01.2012

POLITIK FÜR EIN STARKES LAND	3
1. CHANCENGLEICHHEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT	5
1.1 In Bildung investieren.....	5
Gute Bildung von Anfang an.....	6
Gute Schule für alle - gemeinsam lernen	6
Neue Ausbildung für Lehrkräfte.....	8
Gute Hochschulen in Schleswig-Holstein	10
Forschung und Lehre für die Zukunft!.....	11
Weiterbildung für die Zukunft.....	12
Kreatives Schleswig-Holstein	13
1.2 Die Situation von Familien verbessern.....	14
Zukunft für Kinder und eine kinderfreundliche Gesellschaft	14
Teilhabe von Jugendlichen.....	15
Familien stärken	15
Demographischer Wandel und Lebensqualität im Alter.....	16
1.3 Gleichstellung der Geschlechter	17
1.4 Teilhabe von Menschen mit Behinderung	17
1.5 Gesundheitsland Schleswig-Holstein	18
Gute Pflege	19
2. Erneuerbare Energien, Umwelt- und Klimaschutz	20
2.1 Erneuerbare Energienutzung – Atomausstieg – kein CCS	20
2.2 Wasser, Luft und Boden schützen	22
2.3 Natur schützen, Artenvielfalt erhalten	22
2.4 Moderne ländliche Räume	23
3. GUTE ARBEIT – STARKE WIRTSCHAFT	23
3.1. Gute Arbeit.....	23
3.2. Aktive Arbeitsmarktpolitik	24
3.3 Wirtschaft stärken, Wachstumskerne eröffnen neue Chancen	25
3.4. Tourismus	25
3.5 Mobilität ermöglichen - Verkehrsinfrastruktur sichern und ausbauen.....	26
ÖPNV und Schienenverkehr als Grundpfeiler individueller Mobilität	26
Hafenanbindung und Wasserstraßen	27
Elektromobilität.....	27
4. STARKE POLITIK IN EUROPA	27
Minderheitenpolitik	27
Schleswig-Holstein stark in Europa	28
5. MEDIEN UND BÜRGERBETEILIGUNG	28
Bürgerschaftliches Engagement.....	30
6. INNERE SICHERHEIT – VERWALTUNGSREFORM	31
5.1 Innere Sicherheit, modernes Recht und Justiz.....	31
Kampf gegen Rechts.....	31
5.2 Zukunftsfähige Kommunen und Verwaltungen	32
Wir stärken die Städte	32
Starke Kommunen.....	32
Norddeutsche Kooperation.....	33
7. SCHLESWIG-HOLSTEIN – HEIMAT FÜR ALLE!	33
Aktiv für Flüchtlingsschutz	34
Teilhabe stärken.....	34
Partizipation fördern	34

1 **POLITIK FÜR EIN STARKES LAND**

2 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden Schleswig-Holstein gut regieren.
3 Vernünftig. Verlässlich. Vertrauensvoll. Unser Land braucht eine starke
4 Landesregierung mit Ideen und Perspektiven für unsere Zukunft. Eine
5 Landesregierung mit Leidenschaft, mit Mut und mit Weitsicht.
6

7 Wir gestalten die moderne Bürgergesellschaft in Schleswig-Holstein. Im Dialog mit
8 den Menschen arbeiten wir offen, kreativ und transparent.

9 Wir schaffen ein soziales und solidarisches Schleswig-Holstein. Ein Land, in dem
10 niemand zurückgelassen wird und in dem die Menschen füreinander eintreten.
11 Ein Schleswig-Holstein, in dem wir gemeinsam und in Vielfalt gut leben können. Wir
12 setzen uns für Gute Arbeit und die Stärkung von Arbeitnehmerrechten ein.
13

14 Gute Bildung ist das Fundament für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit.
15 Wir gestalten deshalb die Bildungsangebote so, dass jeder und jede in Schleswig-
16 Holstein den bestmöglichen Bildungsabschluss erreichen kann, unabhängig von der
17 sozialen Herkunft, vom Geschlecht, von Hautfarbe oder Religion und
18 Weltanschauung.
19

20 Wir werden den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein nachhaltig entwickeln. Dazu
21 werden wir unser Land zum führenden Standort für innovative und erneuerbare
22 Energien sowie für Technologien zum Energiesparen ausbauen. Hier gibt es die
23 Chance auf neue Arbeitsplätze und neues Einkommen in Handwerk und
24 Unternehmen. Wir werden zudem erfolgreiche Wirtschaftsfelder stärken, wie z.B. die
25 maritime Wirtschaft, den Tourismus, die Gesundheitswirtschaft und die
26 Medizintechnologie.
27

28 Wir sind ein starker Teil Norddeutschlands und ein guter Nachbar. Von uns gehen
29 neue Initiativen für Zusammenarbeit und Entwicklung aus. Wir sind Teil der sozialen,
30 ökologischen und wirtschaftlichen Dynamik im Ostsee- und Nordseeraum. Wir
31 nutzen diese Chancen der Zusammenarbeit für die Menschen in unserem Land.
32

33 **Unsere Grundsätze sind dabei:**

- 34 1. Unsere Politik orientiert sich am Leitbild einer solidarischen Gesellschaft.
35 Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sind unsere Richtschnur bei allen
36 politischen Entscheidungen.
37
- 38 2. Die Bürgerinnen und Bürger werden wir in Planungen und
39 Entscheidungsprozesse einbinden. Bei der Erarbeitung dieses
40 Regierungsprogramms haben wir mit den Zukunftsgesprächen begonnen, die
41 Menschen unseres Landes mit ihren Ideen zu beteiligen. Viele dieser Ideen sind
42 in unser Regierungsprogramm eingeflossen. Auch künftiges Regierungshandeln
43 wird nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Wir werden aktiv auf die
44 Menschen zugehen, um ihre Ideen, Wünsche und Visionen für unser Land bei
45 unseren Entscheidungen zu berücksichtigen.¹
46
- 47 3. Wir setzen eine zukunftsorientierte Finanzpolitik um, die sich am Dreiklang von
48 Einsparungen, Einnahmeverbesserungen und strukturellen Reformen ausrichtet.

¹Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

49 Wir versprechen nur, was wir auch halten können. Die Finanzsituation des
50 Landes und die Schuldenbremse setzen uns dabei enge Grenzen. Bis 2020
51 werden wir einen nachhaltigen und ausgeglichenen Haushalt vorlegen.
52

53 Um künftig auf Dauer ausgeglichene Haushalte zu erreichen und damit die
54 Gestaltungsfähigkeit der Politik zu stärken, müssen wir nicht nur die strukturellen
55 Defizite des Landeshaushalts ausgleichen, sondern vor allem auch die strukturellen
56 Probleme des Landes lösen, die immer wieder neue Haushaltslöcher schaffen.
57

58 Die größten strukturellen Probleme des Landeshaushalts sind:

- 59 • unterdurchschnittliche Einnahmen bei den Unternehmenssteuern und der
60 Einkommensteuer,
- 61 • überdurchschnittliche Ausgaben bei den Sozialleistungen,
- 62 • überdurchschnittliche Ausgaben beim Kreditdienst.

63

64 Diese Probleme sind darauf zurückzuführen, dass wir in Schleswig-Holstein nur
65 wenige große Unternehmen und ein unterdurchschnittliches Lohn- und
66 Gehaltsniveau haben. Viele Menschen sind deshalb auf soziale Transferleistungen
67 angewiesen. Um annähernd gleiche Lebensverhältnisse wie in den anderen
68 Bundesländern zu erreichen, wurden diese Defizite über Jahrzehnte durch
69 Kreditaufnahmen ausgeglichen.
70

70

71 Um diesem zu begegnen benötigen wir:

- 72 • gut ausgebildete Menschen, die qualifizierte Arbeit im Lande finden,
- 73 • zukunftssichere Arbeitsplätze mit guten Verdienstmöglichkeiten,
- 74 • wirtschaftliches Wachstum in Zukunftsbranchen, die auch für Fachkräfte und
75 Unternehmen außerhalb Schleswig-Holsteins attraktiv sind,
- 76 • eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Land und Kommunen, um die in
77 über 50 Jahren aufgelaufenen Schulden über einen entsprechend langen
78 Zeitraum wieder abzubauen zu können.

79

80 Wir werden dies durch eine nachhaltige und solide Finanzpolitik erreichen, die klare
81 Prioritäten setzt.
82

82

83 Wir stehen für:

- 84 • kontinuierlichen Defizitabbau durch sparsame Haushaltsführung.
- 85 • Stärkung von Bildungsinvestitionen, mit denen wir künftige Belastungen des
86 Haushaltes durch Sozialtransfer nachhaltig senken helfen.
- 87 • Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende
88 zur Stärkung der Wachstumskraft unseres Landes.
- 89 • Stärkung der Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden.

90

91 Eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Schuldenabbau ist qualitatives
92 Wachstum. Wir bekennen uns zu einer wachstumsorientierten Konsolidierung.
93

93

94 Dazu gehört, dass wir konjunkturbedingte Mehreinnahmen weitestgehend zur
95 Senkung der Schulden einsetzen werden.
96

96

97 Wir werden:

- 98 • Wirtschaftssubventionen abbauen und dabei auf Sozialverträglichkeit achten,
- 99 • die Landesverwaltung modernisieren und straffen

- 100 • und uns auf Bundesebene schnellstmöglich für eine Reform des
101 Steuersystems einsetzen. Ziel ist die dauerhafte und langfristige
102 Finanzierung der Aufgaben des Staates. Dabei müssen die mit den höchsten
103 Einkommen und Vermögen einen stärkeren Beitrag leisten. Die gerechte
104 Besteuerung von Arbeit und Kapitalerträgen ist ein wichtiger Bestandteil, um
105 die Belastung nach individueller Leistungsfähigkeit sicherzustellen.
106

107 Das Land benötigt neben einem Abbau der Ausgaben endlich wieder eine
108 angemessene und solide Einnahmebasis. Eine Zustimmung zu künftigen
109 Steuersenkungen wird es daher erst geben können, wenn ein ausgeglichener
110 Haushalt ohne neue Schulden nachhaltig erreicht wurde.
111

112 Zum Abbau der Schulden der Vergangenheit werden wir im Rahmen der
113 Neuordnung des Länderfinanzausgleichs nochmals über einen Altschuldenfonds
114 verhandeln. Wir treten beim Bund für einen gemeinsamen Anleihefonds ein, um
115 die Zinslasten deutlich zu senken (Deutschland-Bonds). In den nächsten fünf
116 Jahren werden wir neue Aufgaben grundsätzlich nur übernehmen, wenn sie
117 dauerhaft gegenfinanziert sind.
118

119 Auf diese Weise werden wir mit einer soliden Finanzpolitik unser Land zukunftsfähig
120 machen. Dabei werden wir immer die Auswirkungen finanzpolitischer
121 Entscheidungen auf die Menschen berücksichtigen.
122

123 **1. CHANCENGLEICHHEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT**

124 **1.1 In Bildung investieren**

125 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten ein für gleiche Bildungschancen,
126 für hohe Bildungsqualität, für individuelle Förderung und lebenslanges Lernen. Daher
127 wollen wir, dass auch bei sinkenden Schülerinnen- und Schülerzahlen möglichst
128 viele Finanzmittel im Bildungsetat verbleiben.
129

130 Die Priorität für Bildung muss finanziell abgesichert sein. Bildungsausgaben sind eine
131 Investition in die Zukunft unseres Landes. Sie werden in unseren
132 Haushaltsaufstellungen erste Priorität haben. Das gilt auch bei Schülerzahlen, die bis
133 2020 landesweit voraussichtlich um 20 % zurückgehen werden. Wir werden
134 mindestens 50% der durch den Schülerrückgang theoretisch entbehrlichen
135 Lehrerstellen an den Schulen belassen, damit ein Zugewinn von Unterrichtsqualität
136 und Fördermaßnahmen ermöglicht wird.
137

138 Die Bildungschancen für unsere Kinder dürfen nicht in einem finanziellen Wettlauf
139 zwischen reicheren und ärmeren Ländern in der Bundesrepublik verteilt werden.
140 Deshalb muss auch der Bund wieder in schulische Bildung, in gute frühkindliche
141 Bildung, gute Ganztagschulen und Schulsozialarbeit an jeder Schule investieren
142 können.
143

144 Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass die
145 Einkommensvoraussetzungen und die Arbeitsbelastung von Lehrerinnen und
146 Lehrern in allen Ländern der Bundesrepublik vergleichbar bleiben. Damit verhindern
147 wir den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf der Länder um die besten Pädagoginnen

148 und Pädagogen. Damit bleiben wir gegenüber der Wirtschaft als Arbeitgeber
149 attraktiv.

150

151 Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Kooperationsverbot
152 zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik aufgehoben wird.

153

154 **Gute Bildung von Anfang an**

155

156 Bei der **Chancengleichheit** kommt es auf den Anfang an:

- 157 • Der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren hat daher für
158 uns besondere Priorität. Wir unterstützen die Kommunen bei der Erfüllung des
159 Rechtsanspruchs.²
- 160
- 161 • Ein weiteres Ziel ist es, schrittweise für alle Kinder drei Jahre lang den Besuch
162 des Kindergartens für täglich fünf Stunden beitragsfrei zu ermöglichen.³ Wir
163 werden in der kommenden Legislaturperiode mindestens ein Kita-Jahr
164 beitragsfrei stellen und die Einrichtung von Betriebskindergärten unterstützen.
165
- 166 • Das Land wird seiner Mitverantwortung für den Ausbau und die qualitative
167 Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein durch
168 entsprechende Zuschüsse an die Träger gerecht werden.
169
- 170 • Wir werden uns mit den Trägern der Kindertagsstätten dafür einsetzen, dass
171 sich die Öffnungszeiten an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren.
172 Gleichzeitig unterstützen wir die Kindertagesstätten, wenn sie sich zu
173 Familien-Zentren weiterentwickeln. Die im Schulgesetz und im Kita-Gesetz
174 verankerte Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule wollen wir
175 weiterentwickeln.
176
- 177 • Um den zusätzlichen Fachkräftebedarf zu decken, werden wir die Ausbildung
178 der Erzieherinnen und Erzieher aufwerten. Die Ausbildung zum Erzieherberuf
179 muss sich bundesweit vergleichbaren Standards stellen. Zukünftige
180 Erzieherinnen und Erzieher wollen wir in den Bereichen der interkulturellen
181 Kompetenz und Sprachförderung stärken sowie ihnen Teilhabe- und
182 Beteiligungsmöglichkeiten von Eltern vermitteln. Wir wollen die
183 Erzieherausbildung an Hochschulen ausbauen sowie die Durchlässigkeit und
184 den Austausch zwischen Hochschule, Fachschule und Praxis verstärken. Die
185 Wertschätzung des Berufs der Erzieherin und des Erziehers muss sich auch
186 im Einkommen widerspiegeln.
187

188 **Gute Schule für alle - gemeinsam lernen**

189

190 Jedes Kind muss unabhängig von seiner Herkunft gleiche Chancen für die
191 persönliche Entfaltung und die beruflichen Lebensperspektiven haben. Das Recht
192 auf gute Bildung für alle wird nur durch ein Bildungssystem erfüllt, in dem das
193 Leitprinzip die individuelle Förderung ist.

² Thema beim BürgerparteiTag am 24. September 2011 in Rendsburg

³ Thema beim BürgerparteiTag am 24. September 2011 in Rendsburg

- 194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
- Alle Kinder und Jugendlichen sind gleich wichtig und wertvoll. Sie haben einen Anspruch auf bestmögliche individuelle Förderung im Schulsystem.⁴
 - Wir wollen die vorschulische Sprachförderung und -vermittlung in den Kindertagesstätten und das Angebot einer Sprachintensivförderung vor der Schule weiterentwickeln.
 - Wir wollen möglichst alle Kinder gemeinsam unterrichten.⁵ Inklusion in der Bildung ist ein zentrales Ziel. Inklusive Schulen werden durch Förderzentren unterstützt.
 - Unser Ziel ist es, jedem Kind einen qualitativen Schulabschluss zu ermöglichen. Wir wollen die Kinder und Jugendlichen an den Förderschulen bis zu einem ersten Schulabschluss fördern. Die Schulabbrecherquote muss drastisch reduziert werden.
 - Grundschulen sind für uns das Fundament der schulischen Bildung. Vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen wollen wir ein wohnortnahes Schulangebot mit hoher Unterrichtsversorgung und -qualität und Verlässlichkeit sichern. Dazu gehört für uns eine gesicherte bedarfsgerechte Betreuung aller Schulkinder.
 - Wir setzen uns für ein möglichst flächendeckendes Angebot an G9-Bildungsgängen an Gemeinschaftsschulen neben dem Abitur nach acht Jahren an Gymnasien ein. Für Schülerinnen und Schüler in bestehenden G9-Bildungsgängen an Gymnasien werden wir Übergangsregelungen anbieten. Sie werden dort ihre schulische Ausbildung zu Ende führen können. Für den Erfolg unserer Gemeinschaftsschulen werden wir das inhaltliche Konzept des gemeinsamen Lernens weiter konkretisieren. Dies schließt eine ausreichende Anzahl von Differenzierungsstunden für Lehrkräfte ein. Unser langfristiges Ziel bleibt "eine Schule für alle".
 - Wir werden in der Profiloberstufe mehr Wahlmöglichkeiten einführen und die Möglichkeiten zur Schwerpunktbildung für die Schülerinnen und Schüler verbessern.
 - Bisherige Regionalschulen wollen wir schrittweise zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln und dafür schulorganisatorische Lösungen finden. Die Eltern können die Schule wählen, die ihnen für ihre Kinder geeignet erscheint.
 - Jede Schule übernimmt langfristige Verantwortung für die Erziehung und Bildung der aufgenommenen Kinder und Jugendlichen. Durch individuelle Förderung soll sichergestellt werden, dass ein Schulartwechsel im Sekundarbereich bis zum Ende des Ausbildungsgangs vermieden wird.
 - Wir werden schrittweise alle Schulen in Schleswig-Holstein mindestens zu offenen Ganztagschulen machen.

⁴ Thema beim BürgerparteiTag am 24. September 2011 in Rendsburg

⁵ Thema beim BürgerparteiTag am 24. September 2011 in Rendsburg

242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273

- Wir treten dafür ein, dass die außerschulischen Bildungsangebote als unverzichtbare Bestandteile in Ganztagschulen weiter gestärkt werden. Dazu suchen wir die Kooperation mit den Kinder- und Jugendverbänden (z.B. Musikschulen, Sportverbände, Projekt Schule und Jugendhilfe, Pfadfinder und viele andere)
- Wir werden weiteren Schulträgern die Möglichkeit geben, ihre Schulen in gebundene Ganztagschulen umzuwandeln. Dies soll vor allem dort erfolgen, wo besonderer Bedarf gegeben ist.
- Jede Schule soll durch Schulsozialarbeit unterstützt werden. Dies gilt auch für die beruflichen Schulen.
- Wir starten eine Initiative für ein kompatibles Schulsystem in ganz Deutschland. Unterschiedliche Schul- und Bildungssysteme dürfen nicht zu Nachteilen für die Schülerinnen und Schüler führen. Die Mobilität einer Gesellschaft muss sichergestellt sein.
- Der (Fahrt-)Weg zur Schule gehört für uns zu kostenfreier Bildung dazu. Wir werden die Verpflichtung der Kreise zur Erhebung eines Elternbeitrages zu den Schülerbeförderungskosten wieder abschaffen.
- Wir werden die Bildung der Kinder zu medienkompetenten Bürgerinnen und Bürgern einer digitalen Gesellschaft fördern und ihnen die Methoden zur Wissensaneignung vermitteln. Des Weiteren gehört für uns zur Medienkompetenz auch die Vermittlung von Datenschutz, vor allem in sozialen Netzwerken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Daten von Kindern und Jugendlichen besser geschützt werden. Kinder und Jugendliche sollen in der Schule und durch Informationskampagnen über den Datenschutz aufgeklärt und im Umgang mit Medien gestärkt werden.

274 **Neue Ausbildung für Lehrkräfte**

275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291

Die Lehreraus- und -fortbildung muss neu gestaltet werden. Leitziel ist insbesondere eine gleichwertige Ausbildung für alle Schularten, die nach Schulstufen gegliedert ist.

- Die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte muss den veränderten schulischen Strukturen angepasst werden. Wir streben eine Ausbildung nach Stufen statt nach Schularten an (Primarstufe und Sekundarstufe I oder Sekundarstufe I + II). Dieses ist sinnvoll mit den schon bestehenden Bachelor- und Master-Studiengängen an unseren Universitäten zu verknüpfen.
- Alle angehenden Lehrkräfte sollen zu Beginn des Studiums längere Praxismodule absolvieren, in denen sie ihre Berufswahl überprüfen können. Dabei sollen sie professionell betreut und beraten werden.
- Der praktische Anteil der Lehrerausbildung wird erhöht, Inklusion und Binnendifferenzierung nehmen einen großen Raum ein.

- 292
- 293
- 294
- 295
- 296
- 297
- 298
- 299
- Um dem Lehrkräftemangel an den beruflichen Schulen und den Regionalen Bildungszentren (RBZ) zu begegnen, brauchen wir qualifizierte Berufspädagoginnen und -pädagogen. Dazu werden wir in Schleswig-Holstein für weitere Berufsfelder entsprechende Studienplätze einrichten.
 - Wir werden die Arbeitszeit der Lehrkräfte so ausgestalten, dass Pflichtfortbildungen außerhalb der Unterrichtszeiten möglich werden.

300

301 **Berufliche Bildung schafft Perspektiven**

302

303 Die berufliche Bildung ist ein wesentlicher Baustein zur Verwirklichung der sozialen
304 Gerechtigkeit und der Chancengleichheit in der Bildung. Die duale Berufsausbildung
305 ist die tragende Säule zur Fachkräftesicherung. Jeder Jugendliche in Schleswig-
306 Holstein hat ein Recht auf eine Berufsausbildung mit qualifizierendem Abschluss.

307

308 Dazu werden wir die Übergänge zwischen Schule und Beruf so gestalten, dass sie
309 verbindlich in eine berufliche Ausbildung münden. Bisherige Bildungsangebote des
310 Übergangssystems werden in die Ausbildung integriert und optimiert.

311

312 Wir wollen die bestehenden RBZ stärken und weiterentwickeln.

313

314 Dazu werden wir:

- 315
- sie dabei unterstützen, ein bedarfsgerechtes System der beruflichen
316 Qualifizierung und Weiterbildung entsprechend den Bedürfnissen der Region
317 auszubauen.
 - ihre Eigenständigkeit ausbauen und bestehende Hemmnisse abbauen.
 - die Leitungs- und Verwaltungsstrukturen an die Aufgabenerweiterung
319 anpassen.
- 320

321

322 Wir wollen die Rahmenbedingungen an den beruflichen Schulen und RBZ
323 verbessern und diese mit den entsprechenden Ressourcen ausstatten.

324

325 Dazu werden wir:

- 326
- berufliche Schulen und RBZ als Ganztagschulen anerkennen und
327 schrittweise durch ein Investitionsprogramm unterstützen.
 - die individuelle Förderung z.B. durch Lerncoaching ausbauen, um die Anzahl
329 der Schulabbrecherinnen und -abbrecher zu reduzieren.
- 330

331

332 In einem zusammenwachsenden Europa muss mehr Durchlässigkeit und die
333 Anerkennung von Fähigkeiten und Qualifikationen im europäischen und
334 internationalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erreicht werden.

335

335 Dazu werden wir:

- 336
- triale (dreigliedrige) Ausbildungsgänge in Kooperation von beruflichen
337 Schulen, Regionalen Berufsbildungszentren, Hochschulen und Betrieben
338 weiter ausbauen und uns für eine stärkere Kooperation zwischen
339 Fachhochschulen und Hochschulen einsetzen,
 - in Anbetracht des sich abzeichnenden Fachkräftebedarfs Jugendliche, die ihre
341 Berufsabschlüsse im Ausland erworben haben, durch Kursangebote für den
342 deutschen Arbeitsmarkt qualifizieren.

343
344 Schleswig-Holstein braucht mehr Schülerinnen und Schüler, die die Schule mit der
345 Hochschulreife verlassen.
346
347 Dazu werden wir:
348 • das berufliche Gymnasium insbesondere bei zurückgehenden
349 Schüler/innenzahlen im ländlichen Raum zu Oberstufen von
350 Gemeinschaftsschulen ausbauen.
351 • die Möglichkeit verstärken, den Hochschulzugang aufbauend auf eine
352 berufliche Erstausbildung durch Fachschulen zu erreichen.
353 • um die Gleichwertigkeit der Bildungsgänge an allgemeinbildenden und
354 beruflichen Schulen zu erreichen, werden wir für diejenigen Schülerinnen und
355 Schüler, die die allgemeine Hochschulreife anstreben, die Prüfung zur
356 Fachhochschulreife an den Fachoberschulen abschaffen.
357
358 Wir werden uns durch eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass eine
359 gesetzliche Umlage zur Finanzierung der Berufsausbildung eingeführt wird.
360
361

362 **Gute Hochschulen in Schleswig-Holstein**

363
364 Wir brauchen viele kluge Köpfe mit gesellschaftlicher Verantwortung, um Wirtschaft
365 und Gesellschaft weiter zu entwickeln und um konkurrenzfähig zu sein. Wir wollen
366 deutlich mehr Studienplätze schaffen, insbesondere an den Fachhochschulen⁶.
367 Hierzu wollen wir auch die Mittel der gemeinsamen Hochschulsonderprogramme von
368 Bund und Ländern für Schleswig-Holstein voll in Anspruch nehmen. Unser Land hat
369 keine Studienplätze zu verschenken. Wir fordern den Bund auf, mit den Ländern
370 rechtzeitig zu einer gemeinsamen Finanzierung zu kommen. Wir wollen
371 grundsätzlich mehr Kooperation in der Hochschul- und Forschungspolitik. Dazu muss
372 auch das Grundgesetz so geändert werden, dass der Bund die Hochschulen
373 dauerhaft unterstützen kann.
374

375 Deswegen halten wir unbedingt daran fest:

- 376 • Wer studieren kann und will, darf nicht aus wirtschaftlichen oder sozialen
377 Gründen davon abgehalten werden. Wir werden uns im Bundesrat für eine
378 Verbesserung und einen Ausbau der BAföG-Förderung einsetzen.
379
- 380 • Das Erststudium unter Einschluss eines Masterstudienganges bleibt
381 gebührenfrei!⁷ Alle Bachelorabsolventinnen und -absolventen haben einen
382 Anspruch auf einen Masterstudienplatz.
383
- 384 • Ein Fünftel aller Studierenden bricht das Studium ab. Das sind immer noch zu
385 viele. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, ihre
386 Beratungsangebote auszubauen. Mehr Betreuungsangebote und die
387 Möglichkeit zum Teilzeitstudium, flexiblere Bachelor- und Masterstudiengänge
388 und besondere infrastrukturelle Maßnahmen sowie Vorrechte von
389 Studierenden mit Kindern bei der Wahl von Lehrveranstaltungen sollen

⁶ Thema beim BürgerparteiTag am 24. September 2011 in Rendsburg

⁷ Thema beim BürgerparteiTag am 24. September 2011 in Rendsburg

390 Studium und Familie sowie Studium und Beruf besser vereinbar machen. Das
391 wird Teil der Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen.

392

393 • Mit einem Zuwachs der Studierendenzahlen muss auch ein Ausbau der
394 sozialen Infrastruktur verbunden sein. Wir unterstützen das Studentenwerk
395 insbesondere dabei, die Wohnheimquote wieder auf ein bundesweit übliches
396 Niveau zu steigern und die dazu notwendige Infrastruktur zu schaffen.

397

398 • Die Föderalismusreform darf nicht zu einem finanziellen Wettlauf zwischen
399 reicheren und ärmeren Bundesländern führen. Wir wollen mehr Kooperation
400 zwischen Bund und Ländern in der Hochschulpolitik und auch zwischen den
401 norddeutschen Ländern.

402

403 • Die Hochschulstrukturen müssen so ausgestaltet werden, dass wir die zur
404 Verfügung stehenden Mittel so effektiv wie möglich einsetzen. Eine SPD
405 geführte Landesregierung wird auch künftig alle Hochschulstandorte erhalten.
406 Profilbildung und Abstimmung der Studienangebote an den Hochschulen
407 sowie eine engere Kooperation wollen wir fortsetzen, auch mit den
408 außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die bisherige Politik, die
409 Hochschulen des Landes an Clustern und Netzwerken auszurichten, wird die
410 Landesregierung überprüfen. Vor allem sollten die Hochschulen in
411 Norddeutschland kooperieren. Denkbar wäre auch, ein „Exzellenzprogramm
412 des Nordens“ aus bestehenden Fördermitteln der Hochschulen zusammen mit
413 Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern für die Universitäten aufzulegen. Wir
414 bekennen uns zum Erhalt einer eigenständigen Universität, die die Chancen
415 einer deutsch-dänischen Grenzregion nutzen kann.

416

417 • In Meeresforschung, Medizintechnik und anderen Disziplinen sind unsere
418 Hochschulen und neun außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht nur
419 deutschlandweit Spitze. Wir wollen die Universitäten in Kiel und Lübeck bei
420 ihren Erfolgen in der Exzellenzinitiative verlässlich unterstützen. Darunter darf
421 die Lehre in den anderen Bereichen nicht leiden.

422

423 • Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) ist der größte
424 Arbeitgeber im Land, der größte Träger der medizinischen Maximalversorgung
425 in Norddeutschland und das zweitgrößte Universitätsklinikum in Deutschland.
426 Es ist ein zentraler Eckpfeiler der qualifizierten Mediziner Ausbildung in
427 Schleswig-Holstein. Wir halten am UKSH in öffentlicher Trägerschaft fest.

428

429

430 • Daten, Dienste und Ergebnisse aus steuerfinanzierten Studien der
431 Wissenschaft sind der Allgemeinheit grundsätzlich kostenfrei zur Verfügung zu
432 stellen.

433

434 **Forschung und Lehre für die Zukunft!**

435

436 Wir wollen Hochschulbildung mit Qualität und gute Lehre für alle.

437 • Die gute Qualität der Lehre wollen wir noch stärker in den Zielvereinbarungen
438 mit den Hochschulen verankern, mit einer hohen didaktischen Kompetenz der
439 Lehrenden und einer ständigen hochschuldidaktischen Fortbildung.

440
441
442
443
444
445
446
447
448
449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465
466

- Wir werden Konzepte für eine hochschulübergreifende, kooperative Lehre entwickeln. Wir werden Konzepte entwickeln, die die Vorteile des Internets nutzen, um sowohl den Studentinnen und Studenten, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein auf die jeweilige Lebenssituation angepasste Lehrveranstaltungen zu ermöglichen.
- An den Hochschulen muss die Gleichstellung der Geschlechter umgesetzt werden; wir wollen mit konkreten Zielvereinbarungen erreichen, dass der Anteil der Frauen unter den Hochschullehrenden deutlich steigt. Ziel ist eine geschlechterparitätische Besetzung in Forschung und Lehre.
- Wir wollen den Nachwuchs in Forschung und Lehre stärken und fördern, auch durch Graduiertenkollegs und Promotionsstudiengänge. Wir wollen deshalb mehr Juniorprofessuren.
- Auslandssemester werden grundsätzlich mit einem „Learning Agreement“ vorbereitet, um Auslandsaufenthalte zu erleichtern. Fachlich passende Studienleistungen in Form von ECTS-Punkten aus akkreditierten Studiengängen anderer Hochschulen werden ohne weitere Prüfungen in vollem Umfang anerkannt.
- Schleswig-Holstein hat erfolgreiche und hoch angesehene Forschungsinstitute, die durch den Bund und das Land gemeinsam finanziert werden. Wir wollen diese Kooperationen ausbauen. Deshalb unterstützen wir den „Pakt für Forschung“ des Bundes und der Länder.

467 **Weiterbildung für die Zukunft**

468
469
470
471
472
473
474
475
476
477
478
479
480
481
482
483
484
485
486

Die technischen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungsprozesse erfordern das Recht für alle Menschen zum lebenslangen Lernen. Nur so sichern wir den Fachkräftebedarf der Zukunft. Nur so stärken wir die Chancen der Einzelnen zur Teilhabe am Arbeitsmarkt und an den gesellschaftlichen und politischen Prozessen.

- Die Programme zur beruflichen Weiterbildung müssen kontinuierlich den Weiterbildungsbedürfnissen der Menschen und den wirtschaftlichen Erfordernissen angepasst werden.⁸
- Das Recht jedes Menschen auf Weiterbildung muss abgesichert und tagtäglich durch konkrete Maßnahmen und Angebote realisiert werden. Deshalb werden wir die gesetzlichen Voraussetzungen für Weiterbildung ausbauen und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen attraktiver gestalten.
- Wir wollen in Schleswig-Holstein ein starkes Netz der Bildungsanbieter fördern, d.h. die bundesweit einmaligen Weiterbildungsverbände mit ihren Mitgliedern wie Volkshochschulen, Regionalen Berufsbildungszentren, aber

⁸ Thema beim BürgerparteiTag am 24. September 2011 in Rendsburg

487 auch anderen Akademien und Weiterbildungseinrichtungen der Kammern,
488 Hochschulen und anderen langfristig sichern.

489
490

- 491 • Wir werden die Angebote zur Alphabetisierung verstärken.
- 492
- 493 • Wir wollen die Wirtschaft an der Entwicklung von Fort- und
494 Weiterbildungsangeboten beteiligen, um eine hohe Akzeptanz und eine
495 bedarfsgerechte Gestaltung der Maßnahmen zu sichern.
- 496
- 497 • Politische Bildung ist für die moderne Demokratie existentiell. Die Träger
498 politischer Bildung wollen wir deshalb auch künftig durch das Land fördern.
- 499

500 **Kreatives Schleswig-Holstein**

501

502 Kultur ist unverzichtbar. Sie gehört untrennbar zu den Grundlagen unserer
503 Gesellschaft, sie entfaltet emanzipatorische Kraft und ist Voraussetzung für kulturelle
504 Identität und Entwicklung eines jeden Individuums. Schleswig-Holstein hat eine
505 lebendige, durch Vielfalt gekennzeichnete Kulturlandschaft, in der alle Kultur- und
506 Kunstsparten vertreten sind. Land und Kommunen sind wichtige Träger und Förderer
507 der Kunst- und Kulturlandschaft. Sie sichern maßgeblich die kulturelle Infrastruktur
508 und schaffen Voraussetzungen für die künstlerischen Aktivitäten. Kultur ist
509 heutzutage ein wichtiger Standortfaktor.

510

- 511 • Wir bekennen uns zu einer breiten gesellschaftlichen Teilhabe an Kultur. Das
512 Recht auf Kunst und Kultur, auf kulturelle Teilhabe ist ein Bürgerrecht.
- 513
- 514 • Wir bekennen uns in Zeiten der ökonomischen Krise zur Verantwortung des
515 Landes für die Sicherung des kulturellen Erbes und der Weiterentwicklung der
516 kulturellen Infrastruktur.
- 517
- 518 • Wir schaffen neue, dauerhafte Formen des kulturellen Dialogs zwischen Land
519 und Kulturschaffenden, Kulturinstitutionen sowie Kommunen. Wir richten
520 deshalb einen beratenden Kulturrat ein.
- 521
- 522 • Wir legen kulturpolitische Leitlinien des Landes vor. Sie sind Voraussetzung
523 für ein Gesetz zur Förderung von Kunst und Kultur in Schleswig-Holstein.
- 524
- 525 • Wir werden auch durch eine aktive Filmförderung den Medienstandort
526 Schleswig-Holstein im Zusammenwirken mit Hamburg stärken. Dies ist ein
527 Beitrag zur kulturellen Vielfalt, aber auch zur Wirtschaftsförderung und
528 Imagepflege für Schleswig-Holstein.
- 529
- 530 • Den Grundstein für Kreativität und den Umgang mit Kunst und Kultur legt die
531 kulturelle Bildung. Sie macht kulturelle Teilhabe erst möglich. Deshalb
532 sprechen wir künftig verstärkt Kinder und Jugendliche an und fördern den
533 interkulturellen Dialog.
- 534

- 535 • Wir sorgen dafür, dass das Denkmalschutzgesetz in Zukunft wieder seiner
536 eigentlichen Aufgabe, dem Schutz des materiellen kulturellen Erbes, dient.
537
- 538 • Wir treten für den Erhalt des Weltkulturerbes Lübecker Altstadt ein und
539 unterstützen die Bewerbung Haithabus und des Danewerks sowie der
540 Rendsburger Schwebefähre um Aufnahme in die Liste des UNESCO-
541 Weltkulturerbes.
542
- 543 • Wir unterstützen die Bewerbung Sønderborgs als Kulturhauptstadt Europas
544 für das Jahr 2017, weil eine Kulturhauptstadt im deutsch-dänischen Grenzland
545 in jedem Fall zu einer neuen Dimension der deutsch-dänischen
546 Zusammenarbeit führen wird.
547

548 Wir wollen der Kultur im Land wieder den Stellenwert verschaffen, der ihr zukommt,
549 und laden die kreativen Köpfe ein, ihren Beitrag zur Entwicklung des Landes zu
550 leisten.

- 551
- 552 • Wir sichern und entwickeln die Museums- und Theaterlandschaft sowie die
553 Gedenkstättenarbeit und Soziokultur.
554
- 555 • Die öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken verstärken ihre Aufgabe,
556 das kulturelle Erbe, die gegenwärtige Alltags- und Hochkultur und die
557 innovativen digitalen Kulturangebote zielgruppengerecht aufzubereiten und zu
558 vermitteln.
559

560 Die digitale Gesellschaft und ihre Kommunikations- und Interaktionsformen bilden
561 nicht nur neue Form- und Kultursprachen. Sie selbst stellt eine neue, eigene
562 Kulturtechnik dar. Sie hat somit einen berechtigten und unbestreitbaren Anspruch, mit
563 den anderen, anerkannten Kulturtechniken gleichberechtigt beachtet und behandelt
564 zu werden.
565

566 **1.2 Die Situation von Familien verbessern**

567 Familie ist da, wo Menschen dauerhaft füreinander einstehen und Verantwortung
568 übernehmen. Die Schlüssel für starke Familien sind: gute Bildung für alle Kinder,
569 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erneuerung des Solidarprinzips in
570 unseren Sozialsystemen, Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und eine
571 Verbesserung der Pflegesituation für Menschen mit Hilfe- und Unterstützungsbedarf.
572

573 **Zukunft für Kinder und eine kinderfreundliche Gesellschaft**

574

575 Wir werden:

- 576 • uns für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft und
577 umfassende Mitbestimmung einsetzen.
578
- 579 • uns für ein Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ohne Gewalt
580 einsetzen.
581

- 582 • den Kinderschutz stärken durch den landesweiten Ausbau der frühen Hilfen
583 (z.B. Familienhebammen) für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern und
584 Angebote zur Fortbildung und Qualifizierung für Fachkräfte und ehrenamtlich
585 Tätige.
586
- 587 • Projekte, die Eltern und Kindern beim Start ins Leben und beim Aufwachsen
588 helfend zur Seite stehen, stärken und ausbauen (z.B. Familienbildungsstätten,
589 Kinder- und Jugendhilfe).

590

591 Zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen brauchen wir eine
592 abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

593

594 Wir treten für eine eigenständige Grundsicherung für Kinder und Jugendliche ein.

595

596 **Teilhabe von Jugendlichen**

597

598 Viele junge Menschen engagieren sich und setzen sich für sich und andere ein.

599 Soziales Engagement bedeutet gesellschaftliche Teilhabe, die Übernahme von

600 Verantwortung und hilft Jugendlichen dabei, ihre Interessen zu formulieren und sich

601 einzubringen. Wir werden daher das zivilgesellschaftliche Engagement junger

602 Menschen in Zusammenarbeit mit den Kommunen fördern und echte Teilhabe

603 ermöglichen. Dabei gilt:

604

605 • Jugendliche müssen an politischen Entscheidungen beteiligt werden. Wir
606 werden daher die Jugendbeiräte stärken und das Wahlalter bei
607 Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken.

608

609 • Wir werden bessere Rahmenbedingungen schaffen, um z.B. politisches und
610 soziales Engagement von Jugendlichen zeitlich und räumlich zu ermöglichen.
611 Hierfür brauchen Jugendliche Freiräume.

612

613 • Kein Jugendlicher darf auf Grund eingeschränkter materieller Möglichkeiten
614 von Teilhabe und Engagement ausgeschlossen werden. Wir werden daher
615 benachteiligte Kinder und Jugendliche besonders fördern, um ihre Teilhabe zu
616 gewährleisten.

617

618 • Wir werden die Jugendverbände und selbstorganisiertes Engagement von
619 Jugendlichen fördern und stärken.

620

621 • Freiwilligendienste für junge Menschen, wie z.B. das Freiwillige Soziale Jahr
622 oder das Freiwillige Ökologische Jahr werden wir besonders fördern und eine
623 Verdrängung dieser Jugendfreiwilligendienste durch den neu geschaffenen
624 Bundesfreiwilligendienst verhindern.

625

626 **Familien stärken**

627

628 Wir werden:

629 • alle Lebensformen unterstützen, in denen Erwachsene mit Kindern leben.

630
631
632
633
634
635
636
637
638
639
640
641
642
643
644
645
646
647
648
649
650
651
652
653
654
655

656
657
658
659
660
661
662
663
664
665
666
667
668
669
670
671
672
673
674
675
676
677
678
679

- Eltern durch frühe Hilfen und Elternbildungsangebote bei ihren Erziehungsaufgaben unterstützen.

Das Bildungs- und Teilhabepaket sichert die Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen nur unzureichend. Wir werden für eine möglichst unbürokratische Leistungsgewährung eintreten und fordern für die Zukunft eine kostenlose Infrastruktur in der Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen.

Die Gründung einer Familie darf dabei nicht zum Armutsrisiko werden. Dieses materielle Risiko kann besonders Alleinerziehende treffen. Alleinerziehende sind zugleich besonderen Belastungen und Risiken ausgesetzt.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- Alleinerziehende gute Bildungs- und Qualifizierungsangebote erhalten, die auf ihre Lebenswirklichkeit zugeschnitten sind. Dazu gehören auch Ausbildungsangebote in Teilzeitform sowie finanzielle Sicherheiten während der Ausbildung.
- die Kindertagesbetreuung gerade für Kinder von Alleinerziehenden flexibel und bedarfsgerecht und als deren Unterstützung ausgebaut und sichergestellt wird. Gleiches gilt auch für Kinder in Schulen.

Wir setzen uns aktiv dafür ein, Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung und der Lebensweise abzubauen.

Demographischer Wandel und Lebensqualität im Alter

Der demographische Wandel stellt unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Der Wandel in der Berufswelt unter den Stichworten „Generation Praktikum“ und die Dynamisierung der Arbeit sowie die Anforderungen der älter werdenden Menschen insbesondere im ländlichen Raum können nur in einem umfassenden Ansatz betrachtet werden. Wir wollen daher einen „Demographie-Check“ sowohl für Landesaufgaben als auch für die Struktur der Bediensteten im Landesdienst.

Die beruflichen Erfahrungen der Menschen im Rentenalter, ihre soziale Sensibilität und ehrenamtliche Einsatzfreude wollen wir nutzen z.B. durch Patenschaften, Seniorenbeiräte und Freiwilligendienste.

Seniorinnen und Senioren sind alt genug, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Sie darin zu unterstützen, ist unsere Aufgabe.

Wir werden:

- die Mobilität im Alter sichern (z.B. Bürgerbusse, Sammeltaxen, ÖPNV)
- uns dafür einsetzen, dass die Bedürfnisse der Älteren im kulturellen, wirtschaftlichen und Bildungsbereich berücksichtigt werden. Dafür rufen wir eine Initiative ins Leben, die Wirtschaft, Kulturschaffende und Seniorenverbände zusammenführt.

- 680 • neue Wohnformen, bauliche Voraussetzungen und Infrastrukturangebote
681 fördern, damit ältere Menschen die Chance erhalten, möglichst lebenslang in
682 der eigenen Wohnung bzw. im Wohnquartier leben können.
683
684 • in der Arbeitswelt mehr als bisher die Potentiale aller Altersgruppen nutzen.
685

686 **1.3. Gleichstellung der Geschlechter**

687
688 Ein Schlüssel für das solidarische Zusammenleben aller Menschen in unserem Land
689 ist die Gleichstellung von Männern und Frauen und der Kampf gegen Diskriminierung
690 auf Grund von Geschlecht und sexueller Identität.

691
692 Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir:

- 693 • die institutionalisierte Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit
694 vorantreiben. Gleichstellungsbeauftragte müssen in ihrer Arbeit gestärkt und
695 unterstützt werden⁹.
696
697 • unser Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ konsequent vorantreiben:
698 Frauen dürfen nicht durch Mini-Jobs und erzwungene Teilzeit diskriminiert und
699 in die Altersarmut gedrängt werden.
700
701 • Gender Budgeting, also geschlechtersensible Haushaltsführung in Land,
702 Kreisen und Kommunen verwirklichen. Dadurch werden öffentliche Gelder
703 zielgenauer, gerechter und letztendlich sparsamer eingesetzt.
704
705 • die Beratungsstellen für Frauen und Mädchen sowie die Frauenhäuser, die in
706 den letzten Jahren einseitig unter Kürzungen zu leiden hatten, sichern und
707 ihre Arbeit konsequent weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang werden
708 wir die Beratungsstellen „Frau und Beruf“ weiter stärken.
709
710 • die emanzipatorische Mädchenarbeit wieder stärker fördern, weil viele
711 Mädchen und junge Frauen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung von
712 geschützten Räumen profitieren können.
713
714 • auch in der Jungenarbeit Geschlechterklischees aufbrechen.
715
716 • Wir wollen Regelungen zur gleichen Besetzung von beruflichen und
717 gesellschaftlichen Führungspositionen mit Frauen und Männern.

718
719 Auf Bundesebene wird sich eine SPD-geführte Landesregierung konsequent für die
720 Abschaffung aller arbeitsmarktpolitischen, sozialpolitischen und steuerlichen
721 Fehlanreize einsetzen, die einer Verwirklichung der Gleichstellung entgegenstehen.
722

723 **1.4 Teilhabe von Menschen mit Behinderung**

724

⁹ Thema beim BürgerparteiTag am 24. September 2011 in Rendsburg

725 Die Forderung der Menschen mit Behinderung: „Nicht über uns ohne uns“ ist unser
726 Maßstab.

727

728 Wir wollen die Politik für Menschen mit Behinderung so gestalten, dass Inklusion und
729 Teilhabe im Sinne der UN-Konvention für alle Menschen mit Behinderung erreichbar
730 werden.

731

732 • Wir wollen, dass alle Menschen mit Behinderung so lernen, arbeiten, wohnen
733 und leben können, wie sie es selbst möchten. Wir wollen Teilhabe von Anfang
734 an. Das bedeutet gemeinsames Leben und Lernen von der Krippe und dem
735 Kindergarten über die Schule bis zur beruflichen Ausbildung und zum
736 Studium.

737

738 • Das Gesetz zur Kommunalisierung der Eingliederungshilfe mit dem Ziel der
739 Inklusion muss von allen umgesetzt werden. Die Sozialhilfeträger, die freien
740 Träger und die Kreise sollen hier verbindlich und eng zusammenwirken. Wir
741 werden Hilfen aus einer Hand sicherstellen.

742

743 • Menschen mit Behinderung sollen ihr Recht auf Selbstbestimmung
744 durchsetzen können. Dazu gehört auch die Auszahlung der Leistungen als
745 persönliches Budget. Die Bedarfsfeststellung muss landesweit nach
746 einheitlichen Kriterien gemeinsam und nachprüfbar erfolgen. Deshalb sorgen
747 wir dafür, dass Landesrahmenverträge abgeschlossen werden.

748

749 • Die Beschäftigungssituation für Menschen mit Behinderung werden wir weiter
750 verbessern, Integrationsbetriebe fördern und Unternehmen unterstützen, die
751 Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen.

752

753 • Verbindliche Vorgaben für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, bei der
754 Kommunikation, im Verkehr und beim Wohnen sowie im Internet, bei
755 audiovisuellen Medien und im Gesundheitswesen sind einzuführen.

756

757 • Wir wollen in Vernetzung mit Kommunen einen Aktionsplan auf Landesebene
758 entwickeln und realisieren, der insbesondere Barrierefreiheit und eine
759 inklusive sozialräumliche Planung zum Inhalt hat.

760

761 **1.5 Gesundheitsland Schleswig-Holstein**

762 Eine hochwertige medizinische Versorgung aller Menschen in Schleswig-Holstein
763 muss unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Vermögen und Wohnort gelten. Dazu
764 gehört eine tragfähige solidarische Finanzierung. Wir fordern eine solidarische
765 Bürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihres
766 Einkommens einzahlen.

767

768 Die stationäre Versorgung in Schleswig-Holstein ist gefährdet. Schleswig-
769 holsteinische Krankenhäuser erhalten für die gleiche Leistung weniger Geld als
770 andere - damit muss Schluss sein. Wir brauchen einen bundeseinheitlichen
771 Basisfallwert. Eine SPD-geführte Landesregierung wird hierzu initiativ werden.

772

773 • Wir festigen die regionale und wohnortnahe medizinische Versorgung der
774 Menschen in allen Regionen Schleswig-Holsteins. Wir stellen sicher, dass die

775 hausärztliche Versorgung der Menschen eine wesentliche Lotsenfunktion für
776 die Verzahnung medizinischer, pflegerischer und sozialer Maßnahmen
777 darstellt.

778
779 • Die Verknüpfung von ambulanter und stationärer Krankenversorgung werden
780 wir weiter vorantreiben mit einer flächendeckenden medizinischen Versorgung
781 einerseits und spezialisierten Gesundheitszentren andererseits.

782
783 • 25% der Hausärzte sind älter als 60 Jahre. Wir wollen auch in Zukunft eine
784 qualifizierte, flächendeckende, ambulante und haus- und fachärztliche
785 Versorgung. Eine gute medizinische Ausbildung in Kiel und Lübeck ist eine
786 Voraussetzung, um dem Ärztemangel entgegenzuwirken. Hierfür werden wir
787 den Kommunen die Möglichkeit eröffnen, lokal eigene Gesundheitszentren
788 einzurichten, die eine ortsnahe hausärztliche und pflegerische Versorgung
789 (z.B. kommunales Gesundheitszentrum) sicherstellen.

790
791 • Wir werden zur Stärkung der Gesundheitsförderung eine enge Kooperation
792 von Schule, Kinder- und Jugendhilfe und Behindertenhilfe mit dem
793 Gesundheitswesen unterstützen.

794
795 • Wir verbessern die Gesundheitserziehung nach wissenschaftlichen
796 Erkenntnissen und streben gesunde Kindergärten, gesunde Schulen und
797 gesunde Arbeitsplätze an.

798
799 • Wir stehen für den Erhalt der freiberuflichen Hebammen und Geburtshelfer
800 ein, weil sie ein unverzichtbarer Teil von Unterstützung und Förderung junger
801 Familien sind.

802
803 • Wir setzen uns für die Fortschreibung des Landes-Psychiatrieplanes ein, der
804 alle stationären, teilstationären und ambulanten Versorgungs von psychisch
805 kranken Menschen umfasst.

806
807 • Qualifizierte Maßnahmen zur Prävention und Behandlung von
808 Suchtkrankheiten wie Drogen-, Alkohol-, Medien- und Glücksspielsucht
809 werden erhalten und ausgebaut. Den Sonderweg Schleswig-Holsteins beim
810 Glücksspielrecht werden wir beenden und dem Glücksspielstaatsvertrag der
811 anderen Länder schnellstmöglich beitreten.

812
813 • Wir werden ein bedarfsgerechtes Angebot für betroffene Menschen und ihre
814 Familien aufbauen, die auf Palliativmedizin und Hospizversorgung
815 angewiesen sind.

816 **Gute Pflege**

817
818 • Wir wollen Rahmenbedingungen in der Pflege so verbessern, dass wieder
819 mehr junge Menschen den Pflegeberuf gerne ausüben wollen und das auch
820 langfristig können. Wir werden die Ausbildung für Gesundheits- und
821 Krankenpflege modernisieren. Wir befürworten eine gemeinsame, in Modulen
822 organisierte kostenfreie Ausbildung von Alten – und Gesundheits-
823 /Krankenpflege mit Differenzierungsmöglichkeit innerhalb der drei Jahre. Die
824 Akademisierung der Pflege muss ausgebaut werden. Zusätzlich zur

825 bestehenden 3-jährigen Ausbildung installieren wir einen Pflegestudiengang,
826 der zum Bachelor-Abschluss führt. Für den gesamten Pflegebereich sind
827 durchlässige Qualifizierungsmöglichkeiten zu organisieren. Das steigert auch
828 die Attraktivität des Berufes.

- 829
- 830 • Wir werden den Bürokratieabbau und eine Reduzierung von doppelten
831 Kontrollstrukturen in der Pflege organisieren. Die Dokumentation sämtlicher
832 Pflegeleistungen ist unerlässlich, aber sie muss deutlich einfacher und
833 weniger aufwendig gestaltet werden, um mehr Zeit für Pflege zu gewinnen.
834
 - 835 • Der Pflegebedürftigkeitsbegriff muss dringend geändert werden – weg von der
836 Minutenpflege hin zur individuellen und patientenorientierten Pflege. Das
837 kommt nicht nur den zu Pflegenden zu Gute, sondern schafft auch mehr
838 Arbeitszufriedenheit beim Pflegepersonal.
839
 - 840 • Eine Pflegekammer und eine Berufsordnung, wie sie bei allen anderen
841 Heilberufen schon lange üblich ist, verbessert Image und gesellschaftliche
842 Anerkennung der Pflegeberufe. Wir werden beides einführen.
843
 - 844 • Wir brauchen landesweit flächendeckend trägerunabhängige
845 Pflegestützpunkte, damit Pflegebedürftige und deren Angehörige individuell
846 passende Pflegemaßnahmen erhalten.
847
 - 848 • Wir werden die Demenzbetreuung ausbauen und pflegende Angehörige
849 unterstützen.
850

851 **2. Erneuerbare Energien, Umwelt- und Klimaschutz**

852 **2.1 Erneuerbare Energienutzung – Atomausstieg – kein CCS**

853 Schleswig-Holstein ist eines der führenden Länder und speziell Vorreiter bei der
854 Windenergie, hier sind wir weltweit führend bei Aus- und Fortbildung, dies gilt es
855 auszubauen. Schleswig-Holstein als Know-How-Transfer-Drehscheibe von der
856 beruflichen Bildung über das einzige Fachgymnasium bis zu Fachhochschule und
857 Universität und der einzigen Forschungsgenossenschaft CEWind aller Hochschulen
858 im Lande.

859 Die SPD wird den Ausstieg aus der Atomkraft, für den wir seit Anfang der 80er Jahre
860 kämpfen, durch den Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung mit
861 Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beschleunigen.
862 Zudem fordern wir den schnellstmöglichen Rückbau der AKW. Die Strom- und
863 Wärmeerzeugung muss bis zur Mitte des Jahrhunderts durch neue Energien wie
864 Wind, Sonne und Geothermie ersetzt werden. Dabei wollen wir
865 Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz gewährleisten.
866

867 Eine solche konsequente Energiewende ist der Wachstumsmotor für Schleswig-
868 Holstein und schafft viele tausend neue und qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort im
869 Mittelstand und beim Handwerk.

870

871 Wir brauchen ein Bündel von Maßnahmen, das die Innovationspolitik fortführt, die
872 von den SPD-geführten Regierungen im Land begonnen wurde.
873

874 **Wir erarbeiten** deshalb ein Landes-Aktionsprogramm zur Zukunft von
875 Energieversorgung und Klimaschutz, in dem sofort verpflichtende Ziele und
876 Maßnahmen festgelegt werden, insbesondere:

- 877
- 878 • eine dezentrale und demokratisch getragene Energieversorgung in allen
879 Gemeinden: Durch den Erhalt und Aufbau eigener Stadt- und Gemeindewerke
880 können wir die kommunale Versorgung ausbauen und stärken damit
881 Einsparung, Effizienz und erneuerbare Energien.
882
 - 883 • Die Förderung nachwachsender Rohstoffe kann einen wichtigen Beitrag zum
884 Klimaschutz leisten. Fehlentwicklungen wie der ungesteuerte Bau von
885 Biogasanlagen müssen verhindert werden, da insbesondere die Ausweitung
886 von Maisanbauflächen die Landschaft verändern und das Grünland
887 verdrängen. Biogasanlagen sind nur sinnvoll, wenn sie über Kraft-Wärme-
888 Kopplung die Höfe und Dörfer versorgen und zur Verwertung von Reststoffen
889 errichtet werden
890
 - 891 • die Ausweisung von ausreichenden Eignungsflächen für Windenergienutzung
892 und die Unterstützung der Kommunen bei der konkreten Ausweisung in den
893 Regionalplänen.
894
 - 895 • Der erfolgreiche Klimapakt mit der Wohnungswirtschaft und den privaten
896 Hauseigentümern mit den Zielen „Mehr Qualität und weniger CO₂-Emissionen“
897 muss fortgeführt werden.
898
 - 899 • Projekte, bei denen Stadtwerke und andere Versorgungsunternehmen sowie
900 Sparkassen und Banken, Bürgerinnen und Bürgern die Beteiligung an Solar-
901 und Windkraftanlagen ermöglichen.
902
 - 903 • die Schaffung einer Landesnetzagentur.
904
 - 905 • eine Rekommunalisierung von Stromnetzen, um das Kartell der großen
906 Konzerne zu überwinden und den Wettbewerb zu stärken. Wir entwickeln eine
907 Landesnetzgesellschaft in der Hand von Kommunen, Kreisen und
908 Stadtwerken und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der
909 Arge Netz der Windparkbetreiber: Bürgernetze schaffen Akzeptanz und sind
910 eine sichere Anlagemöglichkeit.
911 Parallel muss der Ausbau der Stromnetze beschleunigt werden, damit die
912 Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien vollständig ins Netz eingespeist
913 werden kann. Neue Stromleitungen sollen dabei vorrangig als Erdkabel
914 realisiert werden.
915
 - 916 • die Entwicklung von Speichertechnologien und „intelligenten Netzen“ sowie
917 die Aus- und Weiterbildung und Erforschung von Innovationen zum
918 Energiesparen, zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Nutzung
919 erneuerbarer Energien.
920
 - 921 • Spätestens 2020 sollten wir in Schleswig-Holstein einen Anteil der Kraft-
922 Wärme-Kopplung von 30% des verbrauchten Stroms erreicht haben.
923

924 Wir lehnen CCS-Technik wegen ihres hohen Risikos und geringer Effizienz ab.¹⁰

925 **2.2 Wasser, Luft und Boden schützen**

926 Die hohe Qualität von Boden, Wasser und Luft in Schleswig-Holstein ist nicht nur ein
927 Standortvorteil, sondern auch unverzichtbare Lebensgrundlage, die eines
928 besonderen Schutzes bedarf.

929
930 Dazu setzen wir uns ein für

- 931 • eine Orientierung der EU-Wasserrahmenrichtlinie an Qualitätszielen,
932
- 933 • den Erhalt der Trinkwasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge in
934 öffentlicher, kommunaler Trägerschaft,
935
- 936 • die Vermeidung von Abfällen, die Verwendung der verbleibenden Abfälle in
937 Rohstoffkreisläufen und die Entsorgung der verbleibenden Mengen als
938 öffentliche und vollständige Aufgabe,
939
- 940 • Konzepte für geringeren Flächenverbrauch, verstärktes Flächenrecycling und
941 weniger Bodenversiegelungen.

942 **2.3 Natur schützen, Artenvielfalt erhalten**

943 Wir werden

- 944 • die einzigartigen Lebens- und Naturräume von Nord- und Ostsee erhalten und
945 den Nationalpark Wattenmeer schützen und weiterentwickeln,
946
- 947 • den Hochwasserschutz **und Küstenschutz** auch angesichts des
948 Klimawandels in einem integrativen Ansatz zwischen Natur- und
949 Umweltschutz, Tourismus und Wirtschaft verbessern, u. a. durch
950 ausreichende Deicherhöhung und die Anlage natürlicher
951 Überschwemmungsgebiete. In jedem Fall hat der Schutz der Menschen
952 Vorrang vor anderen Interessen.
953
- 954 • die biologische Vielfalt Schleswig-Holsteins erhalten und eine Strategie für
955 einen nachhaltigen Schutz entwickeln, dazu gehören:
 - 956 - die Vermeidung von Grünlandumbruch auch durch ordnungsrechtliche
957 Maßnahmen und durch intensiveren Moorschutz,
 - 958 - die verstärkte ökologische Ausrichtung der Agrarpolitik auf einen zu
959 erreichenden gesellschaftlichen Mehrwert und den Ausbau der
960 Agrarumweltprogramme,
 - 961 - der Ausbau des Biotopverbundsystems vernetzt mit den
962 Lebensraumkorridoren.
 - 963 - ein wirkungsvoller Schutz der Knicks als einzigartige Biotopelemente in
964 der schleswig-holsteinischen Landschaft.
- 965
- 966 • den Waldanteil an der Landesfläche schrittweise erhöhen und den
967 Landeswald in öffentlicher Trägerschaft behalten¹¹.
- 968

¹⁰ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

¹¹ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

- 969 • die Umweltbildung und das Umweltbewusstsein in allen Einrichtungen des
970 Landes weiterentwickeln - für alle Menschen, insbesondere Kinder und
971 Jugendliche.
972
- 973 • die zentralen Naturschutzgesetze weiterentwickeln auf der Basis der in
974 unserer Regierungsverantwortung geschaffenen Grundsätze.

975 **2.4 Moderne ländliche Räume**

976 Die Lebensbedingungen im ländlichen Raum müssen attraktiv bleiben.
977

- 978 • Wir wollen Abwanderung durch eine Stärkung des gemeindlichen Lebens
979 verhindern und die Eigenständigkeit der ländlichen Räume stärken. Dazu
980 gehören Markttreffs für eine ortsnahe Versorgung, ein lebendiges
981 Vereinsleben, lokale Dienstleistungen und ärztliche Versorgung, bäuerliche
982 Betriebe, lokales Handwerk, Ausbau der Breitbandversorgung (Glasfaser) und
983 der Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr. Dies alles soll
984 weiterhin über das erfolgreiche Modell der Aktiv-Regionen unterstützt werden.
985
- 986 • Wir wollen den hohen Standard unserer Landwirtschaft, des Fischereiwesens
987 und der Ernährungswirtschaft mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise
988 verbinden und hierfür Finanzmittel umschichten, um damit Regionalität,
989 Umweltverträglichkeit und Qualität zu fördern. Daher verdient der ökologische
990 Landbau die dauerhafte besondere Förderung. Schleswig-Holstein muss sich
991 zur gentechnikfreien Region erklären und dies gezielt als Qualitätsmerkmal
992 herausstellen. Dazu gehört auch eine Tierhaltung, die artgerecht ist und den
993 spezifischen Tierschutz berücksichtigt.

994 **3. GUTE ARBEIT – STARKE WIRTSCHAFT**

995 Schleswig Holstein hat leistungsfähige und innovative mittelständische
996 Unternehmen, herausragende industrielle Kerne, solides und starkes Handwerk und
997 eine exzellente Dienstleistungsbranche mit hochmotivierten und bestens
998 qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Diese stabile Wirtschaft gilt es
999 zu erhalten und weiter zu stärken. Sie ist die Grundvoraussetzung für den Wohlstand
1000 Schleswig-Holsteins.
1001

1002 Wir entwickeln deshalb mit allen Beteiligten eine gemeinsame ökonomische
1003 Zukunftsstrategie für die Zeit bis 2025, die die Stärken der schleswig-holsteinischen
1004 Wirtschaft verbessert und Schleswig-Holstein als starken Partner in der
1005 Metropolregion Hamburg und im Wachstumsraum Ostsee und Nordsee verankert.
1006

1007 Wir stärken alle Teile der Wirtschaft, wertschöpfende Industrien, den Mittelstand und
1008 die Dienstleistungsbranche. Besonders im Fokus sind die Potentiale und Chancen in
1009 den wichtigen Zukunftsfeldern der maritimen Wirtschaft, Energietechnik,
1010 Maschinenbau, Ernährungswirtschaft, Tourismus, Logistik, Medizintechnik,
1011 Gesundheitswirtschaft und Informationstechnologie.

1012 **3.1. Gute Arbeit**

1013 Wir wollen Gute Arbeit für alle Menschen in Schleswig-Holstein. Wir wollen Arbeit,
1014 von der die Menschen gut leben können und die ihre Würde wahrt. Gute Arbeit
1015 bedeutet Sicherheit und ermöglicht Teilhabe. Arbeit prägt unser Leben und ist die

1016 Grundlage unseres Wohlstandes. Die gute Zusammenarbeit der Sozialpartner aus
1017 Gewerkschaften und Unternehmensverbänden ist die tragende Säule guter Arbeit in
1018 Schleswig-Holstein. Wir achten und fördern die Tarifautonomie und arbeiten fair mit
1019 den Gewerkschaften, den Betriebs- und Personalräten und den
1020 Unternehmensverbänden zum Wohle des Landes zusammen. Wir nutzen das
1021 Innovationspotential der Sozialpartner und der Kammern.
1022 Unser Anspruch ist es, Schleswig Holstein zu einem Land mit den besten
1023 Arbeitsbedingungen in Deutschland zu entwickeln. Hierzu gehören faire,
1024 leistungsgerechte und tariflich abgesicherte Entgelte und Mindestlöhne sowie
1025 Mindestausbildungsvergütungen, die einen eigenständigen Lebensunterhalt
1026 ermöglichen¹². Wir werden Initiativen starten, um Leiharbeit und Befristungen ohne
1027 sachlichen Grund sowie das unangemessene Praktikantenwesen wieder
1028 arbeitnehmergerecht zu gestalten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird hierfür
1029 konsequent werben und ein Tariftreuegesetz mit einem vergabespezifischen
1030 Mindestlohn auf den Weg bringen. Wir setzen uns darüber hinaus für einen
1031 flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro ein. Eine
1032 familien- und frauenfreundliche Arbeitsorganisation, sichere und innovative
1033 Beschäftigungsverhältnisse und der Anspruch, dass Arbeit nicht krank machen darf,
1034 gehören zu den Leitmaximen einer SPD-geführten Landesregierung. Die Sichtweise
1035 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist für uns Sozialdemokratinnen und
1036 Sozialdemokraten ein wichtiger Indikator. Dieser wird jährlich in einem Landesbericht
1037 auf der Basis des Index Gute Arbeit dargestellt.
1038 Für den öffentlichen Dienst wird eine SPD-geführte Landesregierung das
1039 Mitbestimmungsgesetz der vorangegangenen sozialdemokratischen
1040 Landesregierung wieder herstellen.

1041 **3.2. Aktive Arbeitsmarktpolitik**

1042 Die Landesregierung wird zusammen mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften,
1043 den Hochschulen und Bildungseinrichtungen eine strategisch angelegte
1044 Fachkräfteinitiative auf den Weg bringen. Wir werden so der demographischen
1045 Entwicklung entgegenwirken und den Fachkräftebedarf der Wirtschaft sichern
1046 helfen. Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, die dazu beitragen, die
1047 Frauenerwerbsquote zu erhöhen.

1048
1049 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Anerkennung der Qualifikationen
1050 und Berufserfahrungen von Zugewanderten erleichtert wird.

1051
1052 Wir werden Einfluss auf die Gestaltung von Arbeitsbedingungen nehmen, um
1053 zu erreichen, dass die Beschäftigungsquote von Menschen über 50 Jahren
1054 erheblich gesteigert wird.

1055
1056 Die Förderung von Existenzgründungen ist Teil unserer aktiven regionalen
1057 Arbeitsmarktförderung.

1058
1059 Langzeitarbeitslosen werden wir eine intensive und anhaltende Unterstützung
1060 zukommen lassen, damit sie eine Arbeit aufnehmen können.

1061
1062 Ein sozialer Arbeitsmarkt in Form eines öffentlichen Beschäftigungssektors ist in
1063 Schleswig-Holstein derzeit unverzichtbar. Er wird von einer SPD-geführten

¹² Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

1064 Landesregierung so gestaltet und beeinflusst, dass er eine Brücke in den ersten
1065 Arbeitsmarkt bildet.

1066 **3.3 Wirtschaft stärken, Wachstumskerne eröffnen neue Chancen**

1067 Eine SPD-geführte Landesregierung hat zum Ziel, dass Schleswig-Holstein einen
1068 stärkeren Anteil am Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet und mit mehr Wertschöpfung
1069 im Land mindestens bundesweites Durchschnittsniveau erreicht. Die
1070 Wirtschaftsförderung wird auf dieses Ziel neu ausgerichtet werden. Die Verwaltung
1071 wird als Partner der Wirtschaft weiterentwickelt werden.

1072
1073 Wir unterstützen die industriellen Kerne in den Bereichen der maritimen Wirtschaft,
1074 der chemischen Industrie, der Lebensmittelindustrie und der erneuerbaren Energien
1075 einschließlich entsprechender industrienaher Dienstleistungen bei ihrer weiteren
1076 Entwicklung.

1077
1078 Das Handwerk ist mit 25.000 Betrieben, 120.000 Beschäftigten und 17.000
1079 Auszubildenden das Rückgrat der mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-
1080 Holstein. Das Handwerk wird von uns deshalb im Zusammenwirken mit den
1081 Kammern in seiner Zukunftsausrichtung unterstützt. Besondere Unterstützung
1082 erfahren hier auch die Klein- und Kleinstbetriebe.

1083 Die Zukunftscluster innovativer Betriebe und wissenschaftlicher Einrichtungen bilden
1084 die Kerne des künftigen Wachstums. Nach dem Motto „Stärken stärken“ unterstützen
1085 wir deshalb in einem „Clusterprogramm Schleswig-Holstein“ vor allem
1086 Gesundheitswirtschaft, maritime Wirtschaft, erneuerbare Energien, digitale Wirtschaft
1087 und Biowissenschaft als Zukunftsbranchen von hervorragender Bedeutung. Wir
1088 werden die norddeutsche und grenzüberschreitende Kooperation hierfür suchen und
1089 nutzen.

1090
1091 Die Chancen, die die Energiewende bietet, werden konsequent für Umwelt und
1092 Arbeit genutzt. Die Landesregierung wird diese Chancen und Herausforderungen für
1093 unser Land im Rahmen eines Energiegipfels für den Umbau der Energieversorgung
1094 thematisieren und anschließend in einem breiten Dialog mit Verbänden,
1095 Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Unternehmen und Hochschulen in einem Energie-
1096 und Klimahandlungsplan entwickeln und umsetzen.

1097
1098 Schleswig-Holstein hat durch die Neuausrichtung der Bundeswehr im Vergleich zu
1099 anderen Bundesländern überproportionale Einbußen erlitten. Deshalb werden wir bei
1100 der Bundesregierung einfordern, dass die betroffenen Regionen und Gemeinden
1101 durch Konversionsprogramme und durch begleitende Strukturfördermaßnahmen
1102 unterstützt werden.

1103 **3.4. Tourismus**

1104 Eine der großen Stärken Schleswig-Holsteins liegt darin, dass das ganze Land ein
1105 Urlaubsland ist. Dieses gilt es qualitativ stetig zu verbessern, um Tagestourismus
1106 und Übernachtungszahlen zu steigern.

1107
1108 Wir werden die begonnene Modernisierung der Infrastruktur, die Qualifizierungen im
1109 Service, die Klassifizierung der Beherbergungsbetriebe, die Verbesserung der
1110 Barrierefreiheit und die Online-Buchbarkeit weiter vorantreiben und intensivieren.

1111

1112 Wir konzentrieren unsere Förderung auf die öffentliche Infrastruktur in den Teilen des
1113 Landes, in denen der Tourismus entsprechend der Nachfrage für die Zukunft
1114 expandiert.

1115
1116 Wir setzen uns für eine klare Zielgruppenstrategie¹³ ein. Dazu muss Schleswig-
1117 Holstein seine ganzjährige Saison herausstellen und ganzjährig für sich werben. Für
1118 eine landesweit abgestimmte Marketingstrategie spielt die Tourismus Agentur
1119 Schleswig-Holstein (TASH) eine tragende Rolle. Um den Tourismusstandort
1120 Norddeutschland national und international zu stärken, wollen wir eine stärkere
1121 länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen den deutschen Küstenländern
1122 vorantreiben.

1123
1124 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in
1125 Hotellerie und Gastronomie durch Mindestlohnvereinbarungen, Arbeitsschutz und
1126 höhere Standards in der Aus- und Weiterbildung verbessert werden.

1127 **3.5 Mobilität ermöglichen - Verkehrsinfrastruktur sichern und** 1128 **ausbauen**¹⁴

1129 Straßen, Schienen- und Wasserwege sind die Lebensadern Schleswig-Holsteins.
1130 Ziel unserer Politik ist der Erhalt und der bedarfsgerechte Ausbau der
1131 Verkehrsinfrastruktur.

1132
1133 Mit der Fertigstellung der A20 mit einer Elbquerung bei Glückstadt, dem Ausbau und
1134 der Entwicklung von A1, A7, A21, A23 schaffen wir die überregionalen Verbindungen
1135 mit den wirtschafts- und wachstumsstarken Regionen Europas. Die A20, der
1136 Nordostseekanal und der Schienenausbau für Güterverkehrsstrecken haben dabei
1137 für uns bei den Infrastrukturmaßnahmen die höchste Priorität, auch gegenüber
1138 anderen verkehrlichen Großinvestitionen, die auf die Finanzierungskorridore für das
1139 Land Schleswig-Holstein zugreifen. Zur Durchsetzung wichtiger infrastruktureller
1140 Maßnahmen ist eine enge Kooperation der norddeutschen Länder erforderlich.
1141 Zur Steigerung der Lebensqualität werden wir den Bau von Ortsumgehungen
1142 fördern.

1143
1144 Wenn die feste Fehmarnbeltquerung kommt, werden wir die möglichen Chancen für
1145 Schleswig-Holstein herausarbeiten und umsetzen. Bei der Entwicklung der
1146 Hinterlandkonzepte werden wir die Sorgen und Anliegen der Menschen und
1147 Kommunen in den Mittelpunkt rücken. Wir werden sie bei allen Planungen beteiligen,
1148 ihre Ideen und Anregungen sammeln und einbringen und damit zeigen, dass ein
1149 Staat fähig ist, auch gesellschaftlich strittige Infrastrukturentwicklungen klug zu
1150 begleiten und zum Wohle des Gemeinwesen zu gestalten. Dies werden wir bei allen
1151 Verhandlungen und gegenüber allen Partnern deutlich machen. Die
1152 Bundesregierung ist uns gegenüber in der Pflicht.

1153 **ÖPNV und Schienenverkehr als Grundpfeiler individueller Mobilität**

1154 Leistungsfähiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und
1155 Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sind besonders in Schleswig-Holstein ein
1156 wichtiger Standortfaktor. Wir werden einen bedarfsgerechten Ausbau des
1157 Schienenverkehrs durch moderne und effiziente Verkehrsmittel vorantreiben. Den

¹³ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

¹⁴ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

1158 stetig wachsenden Pendlerströmen aus dem Süden des Landes nach Hamburg
1159 werden wir durch den Ausbau bedarfsgerechter Schienen-Direktverbindungen und
1160 ausreichend Park-and-Ride-Plätzen gerecht werden. Wir wollen eine Stärkung der
1161 Bedienung der ländlichen Räume mit einer guten Verzahnung zu den Oberzentren.
1162 Dies soll durch den verstärkten Einsatz von Angeboten wie Bürgerbussen und
1163 Sammeltaxen erreicht werden.

1164 **Hafenanbindung und Wasserstraßen**

1165 Eine effiziente Hafenanbindung und ein reibungsloser Warenstrom sind
1166 Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft. Wir werden Konzepte „From
1167 Road to Sea“ und kombinierte Verkehre (Schiff-Straße-Schiene) insbesondere bei
1168 Transitwarenströmen ausbauen. Hierfür muss auch der Elbe-Lübeck-Kanal
1169 ausgebaut werden.

1170
1171 Der Nord-Ostsee-Kanal (Kiel-Canal) ist als meistbefahrene künstliche Wasserstraße
1172 der Welt unverzichtbar als Handelsader für die Warenströme der ganzen deutschen
1173 Wirtschaft. Dies gilt sowohl für den Hamburger Hafen wie auch die großen Häfen
1174 Skandinaviens, Russlands und des Baltikums. Deshalb ist der Bau neuer und die
1175 Reparatur alter Schleusen, eine Begradigung der Oststrecke und eine Vertiefung des
1176 Nord-Ostsee-Kanals unbedingt erforderlich.

1177 **Elektromobilität**

1178 Elektroautomobile und Elektrofahrräder werden sich zu den individuellen
1179 Fortbewegungsmitteln entwickeln. Wir werden diese Antriebskonzepte und die hierfür
1180 notwendige Infrastruktur in Schleswig-Holstein vorantreiben und Schleswig-Holstein
1181 zum Vorzeigeland in diesem Bereich entwickeln.

1182 **4. STARKE POLITIK IN EUROPA**

1183 **Minderheitenpolitik**

1184 Minderheitenpolitik ist eine Aufgabe von zentraler Bedeutung für Europa. Wir
1185 bekennen uns zu den nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig
1186 Holstein. Dänen, Friesen, Sinti und Roma sind selbstverständlicher und
1187 bereichernder Bestandteil unserer Gesellschaft.

1188
1189 Es muss parteiübergreifender Konsens sein, die Minderheiten in ihrem kulturellen
1190 Leben zu unterstützen. Minderheiten brauchen verlässliche Grundlagen und eine
1191 aktive Minderheitenpolitik in Kommunen, Land, Bund und Europa. Dies gilt auch für
1192 die guten Beziehungen zur deutschen Minderheit in Nordschleswig.

1193
1194 Schleswig Holstein war bis 2009 prägendes und positives Vorzeigemodell in seiner
1195 Minderheitenpolitik. Die Landeszuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit
1196 werden wieder auf 100% des Schülerkostensatzes gesetzt. Wir werden uns intensiv
1197 für eine Förderung der Minderheitensprachen Dänisch und Friesisch sowie der
1198 Regionalsprache Niederdeutsch einsetzen.

1199
1200 Sinti und Roma werden wir gleichberechtigt mit den anderen Minderheiten unter den
1201 Schutz der Landesverfassung stellen.

1202
1203 Wir werden eine/n eigenständige/n ehrenamtliche/n Minderheitenbeauftragte/n
1204 berufen.

1205 **Schleswig-Holstein stark in Europa**

1206 Wir werden die Position Schleswig-Holsteins in Europa ausbauen, indem wir neue
1207 strategische Partnerschaften gründen. Wir wollen mehr gemeinsame Projekte,
1208 Initiativen und Strukturen verwirklichen; die Kooperation mit den norddeutschen
1209 Nachbarn in den europäischen Institutionen wollen wir vertiefen.

1210
1211 Wir nutzen die europäischen Förderprogramme zur gleichgewichtigen Stärkung
1212 unserer Regionen. Für den Umbau der Energieversorgung werden wir die
1213 Möglichkeiten der europäischen Förderprogramme und die landeseigenen
1214 Einrichtungen wie Gebäudemanagement (GMSH) und Investitionsbank SH verstärkt
1215 nutzen.

1216
1217 Wir entwickeln deshalb unsere europäische Nord- und Ostseepolitik weiter, indem
1218 wir unsere maritime Politik in Wirtschaft und Wissenschaft ausbauen, indem wir
1219 Schiffssicherheit und Seeverkehre stärken; indem wir uns weiter auf maritimen
1220 Umwelt- und Naturschutz spezialisieren. Wir bauen mit den Nachbarn an der Ostsee
1221 eine soziale, ökologische und ökonomische Modellregion auf, die eine neue Dynamik
1222 in die gesamte europäische Entwicklung bringen wird. Für die Nordseeregion
1223 entwickeln wir eine eigenständige Perspektive.

1224
1225 Wir entwerfen neue Perspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit
1226 unseren direkten Nachbarn an Nord- und Ostsee.

1227
1228 Unsere Schwerpunkte sind dabei:

- 1229 • die Entwicklung einer integrierten maritimen Politik,
- 1230 • Hochschul- und Forschungsk Kooperation,
- 1231 • die Gesundheits- und Medizinpolitik,
- 1232 • der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt,
- 1233 • der umfassende Verbraucherschutz
- 1234 • die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien.

1235
1236 Die Landesregierung wird nicht nur die Handels- und Wirtschaftsräume in den
1237 skandinavischen Raum hinein entwickeln, sondern die kommenden Boom-Märkte im
1238 Osten durch neue Handelswege und Kooperationen erschließen. Denn die
1239 systematische Erschließung des Baltischen Meeres als maritimer Verkehrs- und
1240 Wirtschaftsraum hat eine lange Tradition, die fortgesetzt werden sollte.

1241
1242 Zusammen mit den Kommunen, den Schulen und den Verwaltungen wollen wir die
1243 Europakompetenz erhöhen.

1244 **5. MEDIEN UND BÜRGERBETEILIGUNG**

1245 **Medien und Demokratie**

1246
1247
1248 Unabhängige, vielfältige und jedem frei zugängliche Medien sind für uns ein
1249 unverzichtbarer Bestandteil einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft.

- 1250
1251 • Wir treten für einen zukunftsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein. Der
1252 öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unverzichtbar für eine vielfältige und
1253 unabhängige Berichterstattung und muss dauerhaft gesichert bleiben.

1254
1255
1256
1257
1258
1259
1260
1261
1262
1263
1264
1265
1266
1267
1268
1269
1270
1271
1272
1273
1274
1275
1276
1277
1278
1279
1280
1281
1282
1283
1284
1285
1286
1287
1288
1289
1290
1291
1292
1293
1294
1295
1296
1297
1298
1299
1300
1301
1302
1303

- Wir wollen, dass Inhalte, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit Gebühren produziert hat, über das Internet zeitlich unbeschränkt und kostenfrei allen verfügbar gemacht werden können.
- Wir wollen das duale System weiterentwickeln. Durch medienpolitische Initiativen wollen wir erreichen, dass auch private Veranstalter ihrer öffentlichen Aufgabe besser gerecht werden können.
- Wir setzen uns für eine freie, unabhängige und pluralistische Presse in Schleswig-Holstein ein. Sie ist gerade im Lokalen und Regionalen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Willensbildungsprozess unverzichtbar. Der Erhalt von so viel Vielfalt wie möglich ist unser Ziel.
- Wir werden die Chancen der digitalen Öffentlichkeit für Bürgerbeteiligung nutzen.
- Der Umgang mit Medien jeder Art ist eine Schlüsselkompetenz für ein selbstbestimmtes Leben. Die Vermittlung von Medienkompetenz muss deshalb fester Bestandteil in allen Bereichen der Bildung werden.
- Wir wollen den Offenen Kanal Schleswig-Holstein als eigenständigen Bürgerkanal entwickeln und seine Arbeit insbesondere im Bereich der Medienkompetenz weiter stärken.
- Wir werden uns aktiv an der Entwicklung eines wirksamen Jugendmedienschutzes im Internet beteiligen. Dieser soll aber die freie Struktur des Internets nicht beeinträchtigen.
- Die Übertragung von Daten im Internet muss auch weiterhin auf der Gleichbehandlung aller Daten basieren. Die Netzneutralität ist daher Grundlage für den Erhalt eines freien und gleichen Zugangs zum Internet für alle Nutzer.

Das Fehlen eines leistungsfähigen Internet-Zugangs gefährdet Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Wir wollen mit den Netzanbietern zu verbindlichen Verabredungen kommen, damit Schleswig-Holstein nicht in Regionen mit schnellem Breitband und weithin unversorgten Gebieten gespalten wird.

Bürgerbeteiligung

Schleswig-Holstein hat eine große Vielfalt an Vereinen, Verbänden, Bürger- und Kulturinitiativen, die weitgehend ehrenamtlich arbeiten.

Wir wollen mit den Menschen regieren: entwickeln – planen – umsetzen. Wir wollen den Menschen gute Möglichkeiten bieten, an Entscheidungsprozessen mitzuwirken, ihre Ideen und ihr Engagement nutzen für eine kluge und erfolgreiche Politik in Schleswig-Holstein. Diese Bürgerbeteiligung wird Kennzeichen einer SPD-geführten Regierung sein.

1304 Die digitale Gesellschaft schafft eine weitere, neue digitale Öffentlichkeit. Diese
1305 Öffentlichkeit offenbart und verdeutlicht die Chancen und Risiken unserer
1306 Gesellschaft. Sie zeigt aber gleichzeitig auch bestehende Konflikte auf. Politik für die
1307 digitale Gesellschaft ist für uns demokratische Gesellschafts- und keine
1308 Klientelpolitik. Wir werden die Chancen der digitalen Öffentlichkeit für
1309 Bürgerbeteiligung nutzen.

1310 **Bürgerschaftliches Engagement**

1311

1312 Wir unterstützen das bürgerschaftliche Engagement in gemeinnützigen
1313 Organisationen, in Vereinen und Verbänden und von Einzelpersonen.
1314

1315 • Die Freiwilligen Feuerwehren ragen zwischen den anderen
1316 Hilfsorganisationen besonders hervor, weil sie in fast jedem Ort zu finden sind.
1317 Die im bundesweiten Vergleich herausragende Zahl an Jugendfeuerwehren
1318 zeigt den großen Einsatz in diesem ganz persönlichen und aufwendigen
1319 Dienst am Mitmenschen. Dies ist ein Beispiel für sinnvolle
1320 Zukunftsorientierung.
1321

1322 • Der Sport spielt eine wichtige Rolle in der Freizeit sehr vieler Menschen. Er
1323 bedeutet einen Gewinn für die Lebensqualität. Zudem hilft Sport, erhebliche
1324 gesundheitliche, schulische, soziale und Integrationsprobleme zu lösen.
1325 Deshalb muss die Finanzierung des Sports dauerhaft gesichert bleiben.
1326

1327 • Zudem wollen wir Angebote örtlicher Vereine in das Ganztagschulprogramm
1328 integrieren.
1329

1330 • Die demografische Entwicklung beschert uns eine große Zahl aktiver älterer
1331 Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, ihre Kraft, ihre Lebenserfahrung und
1332 ihre Zeit für die Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen.
1333

1334 • Die Prozesse der öffentlichen Verwaltung werden transparent gestaltet.
1335 Bürgerinnen und Bürger werden wir darin unterstützen, Informationen zum
1336 staatlichen Handeln zu erhalten - direkt und ohne finanzielle oder
1337 bürokratische Hürden.
1338

1339 • Die Ausübung des Ehrenamtes muss erleichtert werden und darf nicht durch
1340 steuer- und haftungsrechtliche Hürden erschwert oder gar verhindert werden.
1341 Die rechtlichen Aspekte ehrenamtlicher Arbeit müssen deshalb transparenter
1342 gestaltet und zu Gunsten der ehrenamtlich Tätigen weiter vereinfacht
1343 werden¹⁵.
1344

1345 Gemeinsam mit der Wirtschaft, den Schulen und der Verwaltung wird eine SPD-
1346 geführte Landesregierung eine Kultur der Anerkennung für das Ehrenamt fördern.
1347

¹⁵ Thema beim BürgerparteiTag am 24. September 2011 in Rendsburg

1348 **6. INNERE SICHERHEIT – VERWALTUNGSREFORM**

1349 **5.1 Innere Sicherheit, modernes Recht und Justiz**

1350 Aufgabe des Staates ist die Gewährleistung eines Lebens ohne Furcht vor
1351 Kriminalität, der Schutz der Menschen vor Gefahren und die Garantie von
1352 Gesetzlichkeit und Rechtsprechung. Wir wollen, dass die Menschen in Schleswig-
1353 Holstein auch in Zukunft sicher leben können.

1354

1355 • Deshalb wird es mit uns keinen Rückzug der Polizei aus der Fläche geben.

1356

1357 • Zur Gewährleistung der inneren Sicherheit sind hoch motivierte
1358 Polizeibeamtinnen und -beamte erforderlich. Aus diesem Grund setzt sich die
1359 SPD auch weiterhin dafür ein, die Polizistinnen und Polizisten angemessen zu
1360 bezahlen und die Attraktivität des Polizeiberufes zu erhalten.

1361

1362 • Wir wollen die polizeiliche Aufgabenerfüllung auf gleichem Niveau halten. Die
1363 Einstellungszahlen sollen den demografischen Wandel in der Gesellschaft
1364 berücksichtigen.

1365

1366 • Wir schaffen bei den Strafverfolgungsbehörden die personellen und
1367 technischen Voraussetzungen zur Bekämpfung von Internetkriminalität.

1368

1369 • Wir setzen uns für eine nutzerfreundliche Überarbeitung des
1370 Datenschutzgesetzes ein, welches die gesellschaftlichen und technischen
1371 Änderungen in unserer digitalen Gesellschaft berücksichtigt. Datenschutz ist
1372 Bürgerrecht. Jede/r hat das Recht, seine Daten so zu nutzen, wie er möchte
1373 und zu wissen, was mit ihnen passiert.

1374

1375 Mit einer Justizverwaltungsreform wollen wir die Rechtsprechung organisatorisch auf
1376 eine zukunftsfähige neue Grundlage stellen:

1377

1378 • Der Zugang zum Recht muss unabhängig von der finanziellen Situation der
1379 Menschen gewährleistet sein.

1380

1381 • Die Belange der Opfer von Straftaten müssen mehr Berücksichtigung finden.
1382 Dazu zählen für uns vor allem ein besserer Zeugenschutz und eine bessere
1383 Aufklärung über soziale und finanzielle Hilfsmöglichkeiten. Eine Ausweitung
1384 des Täter-Opfer-Ausgleichs, auch bei weiteren Delikten, stärkt den
1385 Wiedergutmachungsgedanken im Strafrecht.

1386 **Kampf gegen Rechts**

1387 Wir wollen ein weltoffenes Schleswig-Holstein. Deshalb wenden wir uns gegen jede
1388 Form demokratiefeindlicher Bestrebungen, religiöser oder weltanschaulicher
1389 Intoleranz und Diskriminierung. Rechtsradikalismus ist keine Meinung, sondern ein
1390 Verbrechen. Wir lehnen jede Form der Verharmlosung von rechtem Gedankengut ab
1391 und werden es in all seinen Ausprägungen bekämpfen, egal ob Alltagsrassismus,
1392 rechte Gewalt oder rechte Organisationen und Parteien.

1393

1394 • Wir werden lokale Projekte im Kampf gegen Rechts stärken. Projekten wie
1395 dem „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ gilt unsere

1396 Unterstützung ebenso wie Projekten, die sich um Opfer rechter Gewalt
1397 kümmern.

1398
1399 • Wir werden ein Landesprogramm gegen Rechts etablieren, das zur besseren
1400 Vernetzung bereits bestehender Projekte dient, aber auch Raum und Mittel für
1401 neue Initiativen gegen Rechts bietet. Ziel dieses Programms ist unter
1402 anderem, im Zusammenwirken mit Vereinen, Verbänden und Privatpersonen
1403 regionale Netzwerke zu etablieren, die sich für Demokratie und Toleranz und
1404 gegen rechte Gewalt und rechtes Gedankengut einsetzen.

1405
1406 • Demokratie braucht starke Demokratinnen und Demokraten. Deshalb setzen
1407 wir auf eine verbesserte Demokratieerziehung in den Kindertagesstätten und
1408 Schulen, die demokratische Werte frühzeitig erfahrbar und erlernbar macht.
1409 Wir werden die Schulen gezielt dabei unterstützen, lebendige Orte der
1410 Mitbestimmung und des Erlernens demokratischer Spielregeln zu sein.

1411
1412 • Wir werden eine neue Initiative zum Verbot der NPD als
1413 verfassungsfeindlicher Organisation vorantreiben und unterstützen.

1414 **5.2 Zukunftsfähige Kommunen und Verwaltungen**

1415 **Wir stärken die Städte**

1416 Eine moderne Landespolitik wird sich auch der Entwicklung der Städte und
1417 Großgemeinden annehmen. Deshalb investieren wir insbesondere in

1418
1419 • die Fortführung der städtebaulichen Förderprogramme
1420 • einen städtischen Wohnungsbau, der sich an den individuellen Bedürfnissen
1421 der Menschen orientiert
1422 • die Belebung der Genossenschaftsidee für eine moderne Großstadtpolitik
1423 • Projekte zur Förderung der Stadt-Umland-Kooperationen

1424 • Wir werden das Programm „Soziale Stadt“ weiterführen und zusammen mit
1425 dem Bund ausbauen.

1426 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund die Förderprogramme
1427 ausbaut oder wieder aufnimmt, mit denen Wohnraum altengerecht und
1428 barrierenreduziert gestaltet werden kann.

1429 • Das Zweckvermögen Wohnungsbau des Landes Schleswig-Holstein ist für
1430 uns unverzichtbares Steuerungs- und Finanzierungsinstrument für die
1431 Sicherstellung bezahlbaren und zukunftsfähigen Wohnraums.

1432 **Starke Kommunen**

1433 Wir wollen die soziale und kulturelle Handlungsfähigkeit unserer Kommunen stärken.
1434 Sie müssen ihre vielfältigen Aufgaben wie z.B. den Ausbau von Kinderkrippen und
1435 Kindertagesstätten, den Erhalt einer guten schulischen Infrastruktur sowie kultureller
1436 Einrichtungen dauerhaft und solide wahrnehmen können.

1437
1438 Sie müssen darüber hinaus ihre eigene Verwaltung zukunftsfähig, bürgerfreundlich
1439 und kostengünstig gestalten können.

1440

1441 Durch die Reduzierung des kommunalen Finanzausgleichs um 120 Mio. € ist dieses
1442 für viele Städte und Gemeinden deutlich erschwert worden.

1443
1444 Um die genannten Ziele gemeinsam zu erreichen, wollen wir für diese Zwecke die
1445 Finanzkraft der Kommunen schrittweise wieder stärken. Bis zum Ende der
1446 Legislaturperiode wollen wir erreichen, dass den Städten und Gemeinden 120 Mio. €
1447 jährlich gezielt zur Verfügung stehen.

1448
1449 • Wir streben eine Reform der Verwaltungsstrukturen in Schleswig-Holstein an,
1450 um finanzielle Mittel nicht unnötig durch bürokratische Verfahren zu
1451 verschwenden.¹⁶

1452
1453 • Um die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und um
1454 Doppelarbeit zu vermeiden, streben wir eine Übertragung von
1455 Landesaufgaben auf die kommunale Ebene an. Auf diesem Weg kann die
1456 Verwaltung bürgernäher werden.

1457
1458 • Wir werden Anreize schaffen, um moderne Kommunikationsmittel in der
1459 öffentlichen Verwaltung stärker einzusetzen. Damit sollen immer mehr
1460 Bürgerinnen und Bürger ihre Behördenangelegenheiten auf elektronischem
1461 Wege von zu Hause aus oder von ihrer örtlichen Verwaltung aus erledigen
1462 können.

1463
1464 • Zu einer leistungsfähigen Verwaltung gehören auch leistungsfähige
1465 Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen dabei einen
1466 Vorrang für die öffentliche Wahrnehmung dieser Aufgaben.

1467 **Norddeutsche Kooperation**

1468 Wir schaffen eine neue Qualität in der Kooperation mit den norddeutschen Nachbarn,
1469 besonders mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Wir richten einen
1470 gemeinsamen Parlamentsausschuss mit Hamburg ein, der die bisherigen
1471 gemeinsamen Projekte begleitet, bewertet und neue entwickelt.

1472
1473 Wir wollen die länderübergreifende Kooperation ausbauen:

- 1474 • für bessere gemeinsame Planung und Abstimmung
- 1475 • für mehr Effektivität im Einsatz und Einwerben von Mitteln aus dem Bund und aus
1476 Europa
- 1477 • für mehr Harmonie in den Strukturen und Leistungen für die Menschen, z.B. im
1478 Schulwesen oder bei der Finanzierung der Frauenhäuser.

1479 1480 **7. SCHLESWIG-HOLSTEIN – HEIMAT FÜR ALLE!**

1481
1482 Schleswig-Holstein ist ein weltoffenes Land. Als Einwanderungsland wollen wir
1483 Migrantinnen und Migranten gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Wir stehen für
1484 eine weltoffene, gleichberechtigte und tolerante Gesellschaft, die die Vielfalt als
1485 Gewinn sieht. Wir setzen auf Partizipation und wollen ein neues Bild von Schleswig-
1486 Holstein entwickeln: ein Schleswig-Holstein, zu dem sich Zugewanderte wie
1487 Deutsche bekennen, ein Schleswig-Holstein, das das Alte und das Neue miteinander
1488 verbindet. Schleswig-Holstein soll Heimat für alle sein!

¹⁶ Thema beim BürgerparteiTAG am 24. September 2011 in Rendsburg

1489 **Aktiv für Flüchtlingsschutz**

1490

1491 • Menschen suchen Schutz nicht nur vor politischer Verfolgung. Deshalb
1492 werden wir eine Diskussion anregen, ob der heutige Flüchtlingsbegriff noch
1493 zeitgemäß ist.

1494

1495 • Wir setzen uns für die Abschaffung der Abschiebehaft ein.

1496

1497 • Wir werden uns auf Bundesebene für ein reguläres Resettlement-Programm
1498 zur dauerhaften Neuansiedlung von Flüchtlingen stark machen.

1499

1500 • Wir werden zusammen mit den Kommunen Wege finden, um die Praxis der
1501 Flüchtlingsaufnahme zu verbessern.

1502

1503 • Integrationshilfen machen wir nicht vom Aufenthaltsstatus abhängig. Wir
1504 werden uns dafür einsetzen, dass die Integrationskurse für Erwachsene auch
1505 für Flüchtlinge und Geduldete geöffnet werden.

1506

1507 • Wir fordern eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für bereits
1508 integrierte Flüchtlinge.

1509

1510 **Teilhabe stärken**

1511

1512 • Integration in die deutsche Gesellschaft findet in der Kommune statt. Wir
1513 werden die Kommunen stärken und ihnen die nötigen Freiräume in der
1514 Integrationspolitik geben.

1515

1516 • Die vorhandenen finanziellen Ressourcen des Landes werden planvoll
1517 konzentriert – auf die Kommunen mit hoher Problemdichte und auf den
1518 Ausbau der Regelangebote.

1519

1520 • Landesförderung vor allem im sozialen und kulturellen Bereich werden wir
1521 daran knüpfen, dass Frauen und Männer mit Migrationshintergrund erreicht
1522 werden.

1523

1524 • Wir werden die Migrationssozialberatung erhalten.

1525

1526 • Die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus setzen wir auf die
1527 Zukunftsaagenda Schleswig-Holsteins.

1528

1529 • Wir wollen die Integrationspolitik zur Diversitätspolitik weiterentwickeln. Dabei
1530 geht es nicht nur um einen höheren Anteil von Menschen mit
1531 Migrationshintergrund an den Beschäftigten, sondern vor allem um ein neues
1532 Selbstverständnis von Verwaltung.

1533

1534 **Partizipation fördern**

1535 Auf Bundesebene werden wir uns für die Aufhebung des Optionszwangs und
1536 generelle Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit einsetzen. Und wir werden

1537 uns dort ebenfalls für die Einführung eines Wahlrechts im Land und den Kommunen
1538 orientiert am Wohnort einsetzen.